

Peter Borowsky

Wer wählte Hitler und warum?

Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse 1928 bis 1933

aus

Peter Borowsky

Schlaglichter historischer Forschung

Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass herausgegeben von
Rainer Hering und Rainer Nicolaysen

S. 235–253



Universität Hamburg

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf der Verlagswebsite frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar.

Open access verfügbar über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press – <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Archivserver Der Deutschen Bibliothek – <http://deposit.ddb.de>

ISBN: 3-937816-17-8 (Printausgabe)

© 2005 Hamburg University Press, Hamburg

Rechtsträger: Universität Hamburg, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Peter Borowsky (1938–2000) war ein engagierter Geschichtsforscher und begeisterter Geschichtsvermittler. Mehr als 30 Jahre lehrte er am Historischen Seminar der Universität Hamburg Neuere Geschichte. Er prägte Generationen von Studierenden nachhaltig durch seine Kompetenz und seine Art, Geschichte lebendig zu vermitteln. Diese wird auch in den 14 Beiträgen zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, die hier erstmals veröffentlicht werden. Die Themenpalette reicht von den Hohenzollern bis zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, umfasst die Studenten in der Revolution von 1848, Hamburger Geschichte im 19. Jahrhundert, die Entwicklung von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“, die deutschen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und den USA. Zwei Texte beschäftigen sich anschaulich mit der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft und dem „Historikerstreit“.

Inhalt

I.	Vorwort der Herausgeber	7
II.	Geschichte der Geschichtswissenschaft	
1.	Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung (1978/79)	13
2.	Der Historikerstreit	63
	Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? (1988)	
III.	Geschichte Hamburgs	
1.	Vertritt die „Bürgerschaft“ die Bürgerschaft?	89
	Verfassungs-, Bürger- und Wahlrecht in Hamburg von 1814 bis 1914 (1990)	
2.	Hamburg und der Freihafen	109
	Wirtschaft und Gesellschaft 1888–1914 (1987)	
IV.	Osteuropa	
1.	Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933 (1986)	139
2.	Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten 1923 bis 1933	153
	Diplomatie im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Minderheitenschutz (1991)	
3.	Die Ukraine – ein Nationalstaat?	173
	Systemveränderung und nationale Unabhängigkeit 1917 bis 1920 und heute (1994)	

V. 19. Jahrhundert

1. Studenten in der deutschen Revolution 1848 (1998) 187
2. Die Hohenzollern (1998) 201

VI. Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“

1. Zwischen Volksheer und Reichswehr 217
Die Auseinandersetzungen über die deutsche
Wehrverfassung 1918/1919 (1992)
2. **Wer wählte Hitler und warum?** 235
**Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse
1928 bis 1933 (1988)**
3. Zerstörung oder Zusammenbruch? 255
Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933 (1993)

VII. Bundesrepublik

1. Europa oder Amerika? 277
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen
Vertrag vom 22. Januar 1963 (1993)
2. Die politische Kultur der Bundesrepublik
Deutschland 1966–1983 (1992) 295

VIII. Anhang

- Zeittafel Peter Borowsky 317
- Bibliographie Peter Borowsky 321
- Personenregister 325

Wer wählte Hitler und warum?

Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse 1928 bis 1933*

Einleitung

Hitler kam nicht durch Wahlen an die Macht, aber ohne Wahlen wäre er nie an die Macht gekommen. Die Ernennung Hitlers zum Kanzler erfolgte nicht aufgrund eines überwältigenden Erfolgs bei den Reichstagswahlen, sondern war das Ergebnis einer Intrige von außerparlamentarischen Gruppen wie Großagrariern, Schwerindustriellen und der Kamarilla um Hindenburg. Doch diese Gruppen hätten sich bei Hindenburg nicht für die Ernennung Hitlers eingesetzt, wäre er nicht der Führer der weitaus stärksten Partei im Deutschen Reichstag gewesen.

Innerhalb von vier Jahren war die NSDAP aus einer unbedeutenden Splitterpartei mit einem Stimmenanteil von 2,6 Prozent (1928) zur stärksten politischen Kraft im Deutschen Reich geworden, deren Stimmenanteil nunmehr 30 Prozent weit überstieg. Dieser einmalige und einmalig schnelle Aufstieg hat die Zeitgenossen spätestens seit der Reichstagswahl im September 1930 beschäftigt, sie beschäftigt heute noch Historiker und Wahlsoziologen.¹

Die zentrale Frage lautet nach wie vor: Wer waren die Wähler der NSDAP, aus welchen Gruppen und Schichten der deutschen Bevölkerung kamen sie? Und: Welche Motive veranlaßten sie, ihre Stimme der NSDAP zu geben?

Im folgenden Bericht will ich versuchen, die Antworten zusammenzustellen, die in der neueren Forschung auf diese Fragen gegeben worden sind.

* Vortrag, gehalten am 25. Oktober 1988 beim Vierten Deutsch-Ungarischen Historikerkolloquium, Hamburg, 25./26. Oktober 1988.

¹ Martin Schumacher: Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1976 – enthält fast 2000 Titel.

Tabelle 1

Tabelle 1.3.1.2.
Stimmenanteil für die einzelnen Parteien in Prozent

	Reichstagswahl								
	National- versammlung								
	19. Jan. 1919	6. Juni 1920	4. Mai 1924	7. Dez. 1924	20. Mai 1928	14. Sept. 1930	31. Juli 1932	6. Nov. 1932	5. März 1933
Wahlbeteiligung	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,1	80,6	88,8
KPD	-	2,1	12,6	9,0	10,6	13,1	14,5	16,9	12,3
USPD	7,6	17,9	0,8	0,3	0,1	0,0	-	-	-
SPD	37,9	21,7	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3
DDP	18,6	8,3	5,7	6,3	4,9	3,8	1,0	1,0	0,9
Zentrum	15,9	13,6	13,4	13,6	12,1	11,8	12,5	11,9	11,2
BVP	3,8	4,2	3,2	3,8	3,1	3,0	3,7	3,4	2,7
DVP	4,4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,7	1,2	1,9	1,1
DNVP	10,3	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	6,2	8,9	8,0
NSDAP	-	-	6,5	3,0	2,6	18,3	37,4	33,1	43,9
Sonstige	1,6	3,3	8,6	7,5	13,9	13,8	2,0	2,6	1,6

Quelle: Jürgen W. Falter / Thomas Lindenberger / Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wählerverhalten 1919–1933. München 1986, 44.

Wer wählte Hitler?

Trotz der für einzelne Parteien sehr erheblichen Schwankungen bei den Wahlergebnissen und der vielfältigen Umschichtungen auf der Wählerebene sind die drei großen Wählerblöcke, die bereits im Kaiserreich existierten und die kennzeichnend auch für die Weimarer Republik waren, relativ stabil geblieben. Lediglich der vierte Block – die Nichtwähler – zeigt 1928 bis 1933 stärkere Schwankungen. Die auffälligen und dramatischen Veränderungen bei den Wahlergebnissen schienen darauf hinzudeuten, daß sich die Wähler innerhalb der jeweiligen politischen Lager neu orientierten, daß also auf der Linken allmählich immer mehr Wähler von der SPD zur KPD wechselten und daß die NSDAP ihren Zuwachs dem Wählerreservoir der bürgerlich-protestantischen Parteien verdankte. Ein Austausch zwischen den verschiedenen Blöcken schien so gut wie gar nicht stattgefunden zu haben. Wechselwähler aus dem „linken“ oder aus dem „katholischen“ Lager zur NSDAP waren demnach extreme Ausnahmen.²

² Jürgen W. Falter / Dirk Hänisch: Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), 179–216, 182.

Tabelle 2

**Die Stärke der Wählerblöcke in der Weimarer Republik
(Angaben in Prozent der Wahlberechtigten)**

	Linker Wähler- block (SPD, USPD, KPD)	Katholischer Wähler- block (Zentrum, BVP)	Bürgerlich protestantisches Lager		Nicht- wähler lager
			ins- ges.	davon NSDAP	
1928	30,6	11,5	34,2	2,0	24,4
1930	30,8	12,1	39,0	14,9	18,0
1932J	30,4	13,2	40,6	31,2	15,9
1932N	30,1	12,1	38,4	26,8	19,3
1933	27,2	12,4	49,8	38,7	11,2

Durch Rundungsfehler leichte Abweichungen der Zeilensummen von 100.

1932J : Reichstagswahl vom 31. 7. 1932.

1932N: Reichstagswahl vom 6. 11. 1932.

Quelle: Jürgen W. Falter / Dirk Hänisch: Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), 179–216, 181.

Als mittelständische Sammelbewegung sahen schon die meisten zeitgenössischen Wahlanalysen den Nationalsozialismus. Genannt seien hier vor allem die Analysen von Werner Stephan, Carlo Mierendorff und Theodor Geiger. In seiner Analyse der Wahlen von 1930, die den bezeichnenden Titel trug *Panik im Mittelstand*, brachte Geiger seine Hypothese auf die Formel: „Was dem erwerbslosen Arbeiter sein Moskau, das ist dem erwerbslosen Angestellten sein Drittes Reich.“³

Geigers These und ähnliche Beobachtungen von Zeitgenossen wurden von englischen und amerikanischen Soziologen wie Harold D. Lasswell und Talcott Parsons in den 1940er Jahren aufgenommen und weiter ausgebaut. Sie entfalteten ihre Wirkung vollends in dem einflußreichen Buch von Seymour Martin Lipset über den Nationalsozialismus als „Extremismus der Mitte“.⁴ Darin steht der berühmte Satz, der idealtypische Anhänger der

³ Zitiert nach ebd., 183. Die Ausnahmen sollen hier nicht verschwiegen werden: Sowohl der Sozialdemokrat Hans Neisser als auch der Kommunist Hans Jäger errechneten in ihren Analysen der Reichstagswahl von 1930 einen Industriearbeiteranteil der NSDAP-Wählerschaft von rund 20 Prozent (ibd., 184).

⁴ Seymour Martin Lipset: *Political Man. The Social Bases of Politics*. New York 1960.

NSDAP sei 1932 „ein protestantischer Angehöriger der selbständigen Mittelschicht, der entweder auf einem Bauernhof oder in einer kleinen Gemeinde lebt und früher für eine Partei der Mitte oder eine Regionalpartei gestimmt hat“.⁵ Katholiken oder Arbeiter tauchen bei Lipset als mögliche Wähler der NSDAP gar nicht auf.

Lipsets These wurde Anfang der siebziger Jahre ergänzt und untermauert durch eine Untersuchung des amerikanischen Politikwissenschaftlers Walter Dean Burnham.⁶ Die darin entwickelte Theorie des „politischen Konfessionalismus“ besagte, daß die vorhin genannten drei politischen Lager eine unterschiedlich starke Resistenz gegen eine Ansteckung durch den nationalsozialistischen Virus besessen bzw. entwickelt hätten. Die katholischen und die sozialistischen Parteien hätten ihre Wähler dadurch gegen den Nationalsozialismus immunisiert, daß sie ihnen ein umfassendes Weltbild zur Verfügung stellten, eine Weltanschauung, die sozial abgestützt wurde durch eine hochentwickelte, eng vernetzte Subkultur von Vereinen, Gewerkschaften und Verbänden. Demgegenüber hätte das protestantisch-bürgerliche Lager eher aus losen Vereinigungen bestanden, die weder eine umfassende Weltsicht noch ein sie abstützendes soziales Milieu geboten hätten, um Wähler dauernd an sich zu binden. Geringere soziale Kohäsion, wenig ausgeprägte Parteiidentifikation und schwächere Immunität gegenüber extremistischen Kräften seien die Folge gewesen.

Mit dem Konzept des politischen Konfessionalismus ließen sich sowohl die von hoher Fluktuation der für die Einzelparteien abgegebenen Stimmen begleitete Stabilität des linken und des katholischen Blocks als auch die Widerstandsfähigkeit der Wählerschaft dieser beiden Blöcke gegenüber der nationalsozialistischen Ansteckung und die Anfälligkeit der „politisch-konfessionell nicht gebundenen“ Mittelschichten erklären.⁷

Die hier umrissene These von der mittelständisch geprägten sozialen und parteipolitischen Herkunft der nationalsozialistischen Massengefolgschaft wurde zur herrschenden Lehre, die bis heute Eingang in Gesamtdarstellungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus gefunden

⁵ Zitiert nach Falter/Hänisch (Anm. 2), 182.

⁶ Walter Dean Burnham: Political Immunization and Political Confessionalism. The United States and Weimar Germany. In: Journal of Interdisciplinary History 3 (1972), 1–30.

⁷ Vgl. Falter/Hänisch (Anm. 2), 183.

hat.⁸ Empirisch untermauert wurde die Interpretation der NSDAP als Mittelstandspartei durch Regionalstudien. Erwähnt seien hier nur die Arbeiten von Rudolf Heberle über Schleswig-Holstein, von Alexander Weber über Baden und Hessen und William Sheridan Allens Lokalstudie über Northeim im Harz.⁹

Vor allem Heberle und Weber setzten aber auch schon Akzente, die geeignet waren, die „herrschende Lehre“ in Frage zu stellen und zu modifizieren. Sie deuteten darauf hin, daß der Arbeiteranteil an der Wählerschaft der NSDAP höher gewesen sein könnte als bisher angenommen. Die von Heberle angewandte „ökologische Regressionsanalyse“ erlaubte es z. B., stärker zwischen dem Wahlverhalten einzelner Regionen, aber auch Sektoren der Gesellschaft (in diesem Fall z. B. zwischen Geestbauern und Marschbauern, Industriearbeitern und Landarbeitern) zu differenzieren, als das bisher bei historischen Wahlanalysen üblich gewesen war. Diese Methode bedeutet nichts weniger und nichts mehr, als daß der Forscher auf die kleinste in der deutschen Bevölkerungs- und Wahlstatistik erfaßte Einheit zurückgeht – in der Regel die Gemeinde oder den Kreis – und möglichst viele Variablen, also wirtschaftliche Daten (Industrie oder Landwirtschaft, Betriebsgrößen etc.), Einkommenshöhe, Konfession, Arbeitslosenquote etc. zu den Wahlergebnissen seines Untersuchungsbereiches in Beziehung setzt.

Aus der Arbeit Heberles für Schleswig-Holstein und aus ähnlichen Studien für die damalige Provinz Hannover ergab sich z. B. eine deutlich höhere negative Korrelation (-0,51) zwischen dem Anteil der in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter und den NSDAP-Stimmen als zwischen dem Prozentsatz der Land- und Forstarbeiter und den NSDAP-Erfolgen (+0,30). Oder im Klartext: In Gebieten mit einem hohen Anteil von Arbei-

⁸ Vgl. Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart 1955; ders.: Die deutsche Diktatur. Köln 1969; Martin Broszat: Der Staat Hitlers. München 1969; Karl Dietrich Erdmann: Die Weimarer Republik (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte 19). München 1980.

⁹ Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1928–1932. Stuttgart 1962; Alexander Weber: Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer [sic!] Untersuchungen und eine Analyse in den Gemeinden der Länder Baden und Hessen. Phil. Diss. Ms. Freiburg i. Br. 1969; William Sheridan Allen: „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935. Gütersloh 1966.

tern in Industrie und Handwerksbetrieben schnitt die NSDAP schlechter ab als in Gebieten mit einem relativ hohen Anteil an Land- und Forstarbeitern.¹⁰

Der amerikanische Wahlforscher Samuel Pratt wiederum entdeckte, daß die Tendenz von Arbeitern, ihre Stimme der KPD oder der NSDAP zu geben, stark von der Betriebsstruktur abhängig war.¹¹ Für die Großstädte des Deutschen Reiches errechnete Pratt eine eindeutig negative Korrelation zwischen dem Prozentsatz der Beschäftigten in Großbetrieben und dem NSDAP-Stimmenanteil. Umgekehrt proportional dazu verhielt sich der KPD-Stimmenanteil. Positiv hingegen war der Zusammenhang zwischen dem Anteil der Beschäftigten in staatlichen und kommunalen Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen und dem Anteil der NSDAP-Stimmen.

Aus seiner eigenen und verschiedenen anderen Regionalstudien zog der amerikanische Wahlsoziologe Waldmann 1973 den Schluß, daß die NSDAP „auch die Unterstützung eines nicht unbeträchtlichen Anteils der Arbeiterklasse genoß“.¹² Diese Ansicht Waldmanns und anderer neuer Untersuchungen¹³ über die NSDAP-Wähler findet in den Resultaten neuerer Detail-Analysen über die Mitgliedschaft der NSDAP und ihrer Untergliederungen, wie SA und SS,¹⁴ Unterstützung.

Sie ergeben alle und übereinstimmend eine wesentlich höhere Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP, als lange Jahre angenommen worden war. So betrug der Arbeiteranteil unter den neu eintretenden NSDAP-Mitgliedern zwischen 1925 und 1930 rund 40 und zwischen 1930 und 1933 rund 36 Prozent. Unter den SA-Mitgliedern lag er zwischen 1929

¹⁰ Falter/Hänisch (Anm. 2), 187.

¹¹ Samuel Pratt: *The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany. A Correlational Study of the July, 31, 1932 Reichstag Election in Germany.* MA-Arbeit Ms. Michigan State University. East Lansing 1948, zitiert nach Falter/Hänisch (Anm. 2), 187 f.

¹² Loren Kenneth Waldmann: *Models of Mass Movements. The Case of the Nazis.* Ph. D. Diss. Ms. University of Chicago 1973, zitiert nach Falter/Hänisch (Anm. 2), 188.

¹³ Thomas Childers: *The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany 1919–1933.* Chapel Hill 1983; Dirk Hänisch: *Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik.* Duisburg 1983; Jürgen W. Falter: *Die Wähler der NSDAP 1928–1933. Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft.* In: *Die nationalsozialistische Machtergreifung.* Hg. von Wolfgang Michalka. Paderborn 1984, 47–59.

¹⁴ Michael Kater: *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945.* Cambridge 1983.

und 1933 über 60 Prozent.¹⁵ In die gleiche Richtung scheint auch die soeben erschienene Studie von Michael Ruck über die Anfänge der NSDAP zu gehen.¹⁶ Danach bestand die Mitgliedschaft der NSDAP 1923 zu einem Drittel aus (Hand-)Arbeitern.

Einen anderen Akzent setzte Richard Hamiltons Buch *Who voted for Hitler?*, das 1982 erschien.¹⁷ Hamilton analysiert die Wahlergebnisse von 13 (später inklusive Braunschweig 14) deutschen Großstädten und kommt zu dem Ergebnis, daß nicht so sehr das Kleinbürgertum als vielmehr die Bewohner der sogenannten guten Wohnviertel, also die Oberschicht und die gehobene Mittelschicht, in den Großstädten für die NSDAP gestimmt hätten. Die Ergebnisse Hamiltons und insbesondere deren Generalisierung für das gesamte Reichsgebiet sind vor allem von Thomas Childers heftig kritisiert worden.¹⁸

Die Kritik richtet sich in erster Linie gegen folgende Punkte:

1. Mit Ausnahme von Hamburg und Berlin verfügte Hamilton über keinerlei Zensus-Daten, die es ihm erlaubt hätten, ein überzeugendes und differenziertes Sozialprofil der von ihm als „großbürgerlich“ charakterisierten Stadtbezirke zu zeichnen.
2. Das Einkommen der Wähler kann gerade in Deutschland nicht als Indikator genommen werden, erheblich wichtiger für die Zugehörigkeit zu bestimmten Statusgruppen ist der Beruf. Die Berufsgruppen jedoch sind bei Hamilton nicht berücksichtigt worden. Hamilton ist daher auch nicht in der Lage, präzise zwischen oberer, mittlerer und unterer Mittelschicht zu differenzieren.
3. Hamilton fällt methodisch hinter die inzwischen üblich gewordene ökologische Regressionsanalyse zurück, indem er sich auf schlichte Vergleiche beschränkt.

¹⁵ Falter/Hänisch (Anm. 2), 189.

¹⁶ Michael Ruck: *Bollwerk gegen Hitler? Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus*. Köln 1988; siehe dazu die Rezension von Volker Ullrich. In: *Frankfurter Rundschau*, 22.10.1988.

¹⁷ Richard F. Hamilton: *Who voted for Hitler?* Princeton 1982.

¹⁸ Thomas Childers: *Who, indeed, did vote for Hitler?* In: *Central European History* 17 (1984), 45–53.

4. Seine Auswahl von 14 Großstädten ist zu beschränkt, als daß sie Verallgemeinerungen erlaubte. Gerade die Kleinstädte, die in der bisherigen Forschung als Hochburgen des Kleinbürgertums und der NSDAP angesehen wurden, fehlen ja in seiner Analyse.

Seit Anfang der achtziger Jahre haben vor allem die Arbeiten von Jürgen W. Falter die Aufmerksamkeit auf die Arbeiterwähler der NSDAP gelenkt und der Erforschung der Wählerströme in der Weimarer Republik insgesamt neue Impulse gegeben. Falters Analysen beschränken sich nicht mehr auf einzelne Regionen Deutschlands, sondern versuchen das gesamte Reichsgebiet abzudecken. Sie beruhen auf einem Datensatz, der im Rahmen eines von der VW-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts erstellt worden ist. Er enthält Informationen auf der Ebene von über 1000 Stadt- und Landkreisen des Deutschen Reiches, die wegen der verschiedenen Verwaltungs- und Gebietsreformen zu 831 zwischen 1920 und 1933 geographisch und bevölkerungsmäßig stabilen Kreiseinheiten zusammengefaßt worden sind. Bei der Analyse der Wählerbewegungen stützt sich Falter auf einen Datenbestand der Wahldaten aller Gemeinden des Deutschen Reiches.¹⁹

Falters Bemühungen kreisen um die Frage, welchen Anteil die Arbeiter an den Wahlerfolgen der NSDAP gehabt haben. Was aber heißt hier Arbeiter?

Als Arbeiter wurde in der deutschen Statistik gezählt, wer seine Sozialversicherungsbeiträge bei der Invalidenversicherung und nicht bei der Angestellten-Versicherung zu entrichten hatte: also nicht, wer sich selbst als Arbeiter bezeichnete oder wer nach soziologischen Gesichtspunkten zur Klasse oder Schicht der Arbeiter gerechnet wurde. Daher zählte zu den Arbeitern der ostpreußische oder pommersche Landarbeiter, der in der Stunde 10 Pfennig verdiente, der Vorarbeiter, der seit 30 Jahren im selben Familienbetrieb beschäftigt war, der jugendliche Hilfsarbeiter in einer ober-schlesischen Eisenhütte, der Heimarbeiter aus dem Erzgebirge und der sogenannte Tagelöhner auf eigene Rechnung.

Manche dieser Arbeiter standen in täglichem Kontakt mit „ihrer“ Gewerkschaft oder Partei, andere hatten von diesen kaum etwas gehört und richteten ihre politische Willensbildung nach den Empfehlungen des Guts-

¹⁹ Falter/Hänisch (Anm. 2), 181.

besitzers oder -verwalters oder nach den Vorstellungen des mittelständischen Betriebsinhabers, mit dem sie in engem Kontakt lebten.²⁰

Ebensowenig wie die beiden mittelständischen Teilgruppen bildeten also die Arbeiter eine sozial homogene Schicht oder gar Klasse, die sich durch gemeinsame Lebensumstände und/oder Mentalität ausgezeichnet hätte. Und es erscheint daher unrealistisch, daß „die Arbeiter“ ein homogenes Wahlverhalten an den Tag gelegt hätten. Tatsächlich erreichten die beiden klassischen Arbeiterparteien – SPD und KPD – mit Ausnahme der Wahlen zur Nationalversammlung 1919 gemeinsam in der Regel nur rund 30 Prozent (1933: 27 Prozent) der Wahlberechtigten. Das bedeutet, daß mindestens ein Drittel der wahlberechtigten Arbeiter regelmäßig für andere Parteien gestimmt haben muß. In Wirklichkeit dürften es noch mehr gewesen sein, denn zumindest die SPD ist nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Angehörigen der unteren Mittelschichten gewählt worden.²¹

Falter hat nun versucht, das Wahlverhalten dieser Arbeiter, die nicht für die klassischen Arbeiterparteien stimmten, zu rekonstruieren.

Faßt man die Ergebnisse von Falters Bemühungen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

1. Die in der historischen Wahlliteratur berichteten und teilweise recht ausgeprägten negativen statistischen Beziehungen zwischen Arbeiter- und NSDAP-Anteil sind lokale und regionale Besonderheiten. Untersucht man, wie Falter und seine Kollegen es getan haben, sämtliche Land- und Stadtkreise, dann ergeben sich – mit Ausnahme der Wahl von 1933 – nur noch nahe an Null grenzende Korrelationen, die keine signifikanten Aussagen erlauben. Das gelingt erst, wenn man als weiteren Faktor die Konfession ins Spiel bringt. Dann ergibt sich, daß die NSDAP bei der Juli-Wahl von 1932 in evangelischen Gebieten dort, wo es überdurchschnittlich viele Arbeiter gab, rund 40 Prozent der Stimmen erringen konnte und dort,

²⁰ Ebd., 179 f.

²¹ Ebd., 180. Darauf deutet auch die Mitgliederstruktur der SPD hin: 1930 waren rund 19 Prozent der SPD-Mitglieder Angestellte, Beamte und Selbständige und 22 Prozent Hausfrauen und Berufslose. Wenn Heinrich August Winkler (*Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930*. Berlin–Bonn 1985, 346 ff.) einen „Handarbeiter“-Anteil von 73 Prozent errechnet, so beruhen diese Zahlen nur auf der Mitgliederstatistik von drei Großstädten.

wo es unterdurchschnittlich viele Arbeiter gab, sogar 49 Prozent. In katholischen Kreisen lag der Anteil der NSDAP sowohl in Gebieten mit überdurchschnittlich hohem Arbeiteranteil als auch mit unterdurchschnittlichem Arbeiteranteil jeweils bei rund 23 Prozent.

2. Diese Analyse folgt noch der üblichen wahlhistorischen Praxis, den Prozentsatz der Arbeiter anzugeben als Anteil an der Gesamtzahl aller Erwerbspersonen, inklusive der sogenannten Berufslosen, also vor allem der Rentner und Pensionäre, aber ohne die Hausfrauen. Falter scheint es sinnvoller, die „soziale Färbung“ eines Wahlkreises nicht anhand der Erwerbspersonen, sondern anhand der Wählerschaft, d. h. der Wahlberechtigten, zu erfassen. Das schließt dann die wahlberechtigten, aber nicht erwerbstätigen Hausfrauen ein, die zwar erwerbstätigen, aber noch nicht wahlberechtigten Jungarbeiter aus. Der Vorteil dieses Verfahrens ist, daß sich die zu erklärenden und die als Erklärungsfaktoren verwendeten Merkmale auf die gleiche Basis, die Wahlberechtigten, beziehen. Geht man so vor und bezieht den auf alle Wahlberechtigten bezogenen Arbeiteranteil auf die NSDAP-Stimmen, dann erhält man eine schwach positive Korrelation, d. h. je mehr Arbeiter unter den Wahlberechtigten, desto höher fiel zwischen 1930 und 1932 tendenziell der NSDAP-Stimmenanteil aus.
3. Falter's Untersuchungen differenzieren sehr deutlich zwischen den einzelnen Arbeitergruppen. Und so stellt er zwischen dem Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter und den Wahlerfolgen der NSDAP für alle Reichstagswahlen zwischen 1930 und 1933 einen deutlich positiven statistischen Zusammenhang (von +0,17 bis +0,35) fest. Ebenso eindeutig ist die negative Korrelation zwischen dem Anteil der Arbeiter im Industrie- und Gewerbebereich und dem Anteil der NSDAP-Stimmen (von -0,09 bis -0,35 ansteigend). Dieser letzte Befund wird von Falter noch weiter differenziert:
4. Der Zusammenhang zwischen NSDAP-Erfolgen und dem Prozentsatz der Arbeiter in der Stahl- und Eisenindustrie, die vorwiegend in Großbetrieben organisiert waren, ist deutlich negativ. Dagegen korreliert der NSDAP-Stimmenanteil 1932 und 1933 leicht positiv mit dem Anteil der Arbeiter in den eher mittelständisch strukturierten metallverarbeitenden Betrieben. Ähnliches gilt für den Anteil

- von Arbeitern in Handwerksbetrieben und – wie schon gesagt – für den Anteil von Arbeitern in kommunalen Versorgungsunternehmen.
5. Nun muß die positive Korrelation zwischen einem hohen Arbeiteranteil in einem Wahlkreis und einem hohen NSDAP-Ergebnis noch nicht unbedingt bedeuten, daß die meisten oder viele Arbeiter dieses Kreises auch tatsächlich NSDAP gewählt haben. Denkbar ist auch der sogenannte Kontexteffekt: Nicht die Arbeiter selbst, sondern Angehörige der Mittelschicht, die durch den in diesen Gebieten besonders auffälligen Anstieg der KPD-Stimmen verunsichert waren, haben in verstärktem Maße NSDAP gewählt. An diesem Beispiel sieht man, wie riskant einfache Schlüsse von den ermittelten statistischen Zusammenhängen auf Gebietsebene auf ungemessene und heute nur noch schwer rekonstruierbare Zusammenhänge auf der Ebene der einzelnen Wähler sein können.²²
 6. Massenumfragen, auf die sich heute die Meinungs- und Wahlforschung stützt, gab es in der Weimarer Republik noch nicht.²³ Falter behauptet aber, daß er mit Hilfe einer verfeinerten multiplen ökologischen Regressionsanalyse und auf der Grundlage seiner Datenbasis auch Aussagen über das individuelle Wahlverhalten sozialer Gruppen machen kann, oder vorsichtiger: Er kann dazu Schätzwerte liefern.²⁴ Die in Tabelle 3 wiedergegebenen Prozentangaben sind Schätzungen individuellen Wählerverhaltens, d. h. sie sagen etwas aus über die Gruppe der Selbständigen und Mithelfenden oder der Arbeiter und enthalten nicht lediglich Angaben über Gebiete mit einer bestimmten sozialen Färbung.

²² Vgl. Falter/Hänisch (Anm. 2), 209, über den „ökologischen Fehlschluß“.

²³ Die von Erich Fromm 1929/30 erhobenen Umfragedaten sind wegen des relativ früh liegenden Erhebungszeitraums und vor allem wegen erheblicher Probleme hinsichtlich der Repräsentativität und des unkontrollierten Rücklaufs der Fragebögen kaum brauchbar; vgl. ebd., 209, Anm. 62.

²⁴ Ebd., 209.

Tabelle 3

Die Anfälligkeit verschiedener Berufsgruppen gegenüber der NSDAP 1928–1933 (Angaben in % der Wahlberechtigten der jeweiligen Kategorie)

RTW	NSDAP insges.	Arbeiter	Angest./ Beamte	Selbst./ Mithlfde.	Berufs- lose	Haus- frauen
1928	2	2	2	2	2	2
1930	15	13	14	15	22	17
1932	31	27	23	35	46	31
1932N	27	24	18	30	40	27
1933	39	33	28	47	53	37

Lesebeispiel: Bei der Reichstagswahl 1933 stimmten rund 33 % der wahlberechtigten Arbeiter für die NSDAP; im Vergleich mit den rund 39 % Stimmen, die die NSDAP insgesamt erhielt, bedeutet das eine (leicht) unterdurchschnittliche Anfälligkeit der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus.

Quelle: Jürgen W. Falter: Warum die deutschen Arbeiter während des „Dritten Reiches“ zu Hitler standen. Einige Anmerkungen zu Gunther Mais Beitrag über die Unterstützung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems durch Arbeiter. In: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), 217–231, 229.

Die hier festgestellten Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Mittelschichtsangehörigen und Arbeiterschaft entsprechen weitgehend theoretischen Erwartungen und den Behauptungen der älteren Wahlanalysen, sie präzisieren sie aber und stellen manche eher hypothetische Annahme auf eine empirische Grundlage. Leicht zu erkennen ist daraus, daß vor allem Angehörige des Alten Mittelstandes, also die Selbständigen und ihre mithelfenden Familienangehörigen, die NSDAP gewählt haben. Ähnlich stark ist die Unterstützung für die NSDAP unter den Hausfrauen, Rentnern und Pensionären – die aus statistischen Gründen nicht weiter zu differenzieren sind.

Entgegen den bisherigen Annahmen behaupten Falter/Hänisch aber auch, daß die Wähler des sogenannten Neuen Mittelstandes, also Angestellte und Beamte, der NSDAP ihre Stimme nicht nur unterdurchschnittlich häufig, sondern sogar noch in geringerem Maße als selbst Arbeiter gegeben haben. Dieses Ergebnis scheint den Autoren selber nicht ganz geheuer zu

sein, und so lassen sie es uninterpretiert.²⁵ Sie vermuten nur, daß eine wichtige Mittelschichtgruppe sich tendenziell anders verhalten hat, als dies die verschiedenen Mittelschichtshypothesen über den Nationalsozialismus ausagen. An diesem Punkt scheint es nötig zu sein, andere politische Meinungsäußerungen dieser Bevölkerungsgruppe, als es die Reichstagswahlen sind, zur Interpretation ihrer politischen Stellung heranzuziehen, also z. B. Betriebsrätewahlen, die Mitgliederentwicklung in Standesorganisationen und Berufsverbänden – wie z. B. dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und den christlichen oder freien Gewerkschaften – u. ä.

Für die Arbeiter ergibt sich folgendes Bild: Während Landarbeiter relativ oft die NSDAP gewählt zu haben scheinen, erwiesen sich die Arbeiter in Industrie und Gewerbe in den hier analysierten vier Wahlen als weitgehend resistent gegenüber dem Nationalsozialismus. Das gleiche gilt aber auch für erwerbslose Arbeiter!²⁶ Eine Erklärung könnte sein, daß für die erwerbslosen Arbeiter die Attraktivität der KPD gegenüber der SPD stieg. Umgekehrt sind vermutlich in erster Linie erwerbstätige Arbeiter und Angehörige der Neuen Mittelschicht von der SPD zur NSDAP abgewandert. Bei den Arbeiterwählern der NSDAP handelte es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um eher bürgerlich oder nationalistisch orientierte Arbeiter, die früher für Parteien des bürgerlich-protestantischen Lagers gestimmt hatten oder gar nicht zur Wahl gegangen waren.

Daß es sich bei den NSDAP-Wählern aus der Arbeiterschaft um „atypische Arbeiter“ (Heinrich August Winkler) gehandelt haben dürfte – also Landarbeiter, Beschäftigte in mittelständischen Unternehmen und kommunalen Versorgungsbetrieben oder auch Heimarbeiter wie in Sachsen und Thüringen –, ändert nichts daran, daß die lange geltende These von der NSDAP als einer reinen Mittelstandspartei modifiziert werden muß.

Hatte die Resistenzhypothese angenommen, daß zwischen dem sozialistischen Lager und der NSDAP so gut wie keine Wählerwanderung stattgefunden habe und der Wählerzuwachs der NSDAP fast ausschließlich aus dem bürgerlich-protestantischen Lager gekommen sei, so behaupten Falter/Hänisch, daß mit Ausnahme der Novemberwahlen von 1932, wo der Stimmenanteil der NSDAP ja um rund 4 Prozentpunkte zurückging, die

²⁵ Ebd., 213.

²⁶ Ebd., 214.

NSDAP sowohl von der KPD und SPD als auch vom Zentrum und von der BVP relativ mehr Stimmen gewinnen konnte, als sie an diese Parteien verlor.²⁷ Dabei sind die relativen, d. h. auf die eigene Ausgangsstärke bezogenen, Verluste der SPD an die NSDAP sehr viel stärker als die der KPD. Die beiden katholischen Parteien liegen hinsichtlich ihrer Verluste an die NSDAP zwischen den beiden Arbeiterparteien. Im Vergleich zum bürgerlich-protestantischen und zum Nichtwählerlager allerdings sind die relativen Verluste sowohl des sozialistischen als auch des katholischen Lagers eher gering. Und zwischen 1930 und Juli 1932 verlor die NSDAP auch wieder jeweils 4 Prozent ihrer Wähler an das katholische und an das sozialistische Lager. Von den im Saldo knapp 17 Millionen neuen Stimmen der NSDAP nach 1928 kamen nach Schätzungen von Falter/Hänisch gut 2,5 Millionen aus dem sozialistischen Lager, 7,4 Millionen aus dem bürgerlich-protestantischen Lager, und 6 Millionen waren frühere Nichtwähler.²⁸

Tabelle 4

**Der Wähleraustausch verschiedener Parteien mit der NSDAP
1928–1933 (Angaben in % der jeweiligen Parteianhänger der ersten Wahl
jedes Wahlpaares)**

	KPD	SPD	Z/BVP	Bürgerl. Lager	Nicht- wähler
1928–1930	5	10	9	23	14
1930–1932J	5	16	10	41	19
1932J–1932N	4	6	6	4	2
1932N–1933	9	6	3	32	42

Lesebeispiel: 16 % der SPD-Wähler von 1930, das sind 3,2 % der damals Wahlberechtigten, stimmten im Juli 1932 für die NSDAP.

Quelle: Jürgen W. Falter: Warum die deutschen Arbeiter während des „Dritten Reiches“ zu Hitler standen. Einige Anmerkungen zu Gunther Mais Beitrag über die Unterstützung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems durch Arbeiter. In: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), 217–231, 228.

²⁷ Ebd., 210 ff.

²⁸ Ebd., S. 212 f.

Insgesamt wird also Burnhams Resistenzhypothese durch diese Ergebnisse bestätigt, wenn auch der Anteil des sozialistischen Lagers am Netto-Gesamtgewinn der NSDAP mit 16,4 Prozent durchaus eine nennenswerte Größe darstellt.

Falters Fazit ist daher, daß die NSDAP 1932 tendenziell den Charakter einer rechtsradikalen Volkspartei annahm, die zwar immer noch erheblich stärker von Mittelschichtsangehörigen als von Arbeitern gewählt wurde, die aber immerhin auch rund 5 Millionen Arbeiter für ihre Ziele zu mobilisieren vermochte.²⁹ In die allgemeine Literatur Eingang gefunden hat diese These z. B. bei Eberhard Kolb.³⁰ Modifiziert wird sie von Thomas Childers, der in der NSDAP weder eine reine Mittelstandspartei noch eine integrative Volksbewegung sieht, sondern eine Protestpartei mit einer großen Zahl von Wechselwählern. Ihr Erfolg sei letztlich auf die Wirtschaftskrise gegründet gewesen, und ihre Wähler seien nur kurzfristig durch Wut, Frustration und Furcht zusammengehalten worden.³¹

Warum?

Damit sind wir bei der Frage nach dem Warum, nach den Gründen für die Wahlerfolge der NSDAP und den eventuellen Motiven der Wähler, die Hitler und der NSDAP ihre Stimme gaben.

Wie gesagt: Meinungsumfragen gab es in der Weimarer Republik noch nicht; und die quantitativ arbeitenden Wahlsoziologen können aus ihrem Material auch keine Rückschlüsse auf die Motive der einzelnen Wähler oder Wählergruppen ziehen. Falter z. B. beschäftigt sich mit dem Warum des nationalsozialistischen Wahlerfolges nur am Rande. Er geht aber von der These aus, daß es langfristig angelegte schichtennivellierende Tendenzen im deutschen Sozialgefüge gab – Angleichung der Konsum- und Lebensgewohnheiten während der letzten 50 bis 60 Jahre – und daß dem ein

²⁹ Jürgen W. Falter: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 28-29/79, 14.7.1979, 19, zitiert nach Falter/Hänisch (Anm. 2), 189.

³⁰ Eberhard Kolb: *Die Weimarer Republik* (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 16). München 1984, 208–211.

³¹ Childers: Who, indeed, did vote for Hitler? (Anm. 18), 53.

romantischer Traum aller, zu dem – an mittelständischen Idealen konkretisierten – „Volk“ zu gehören, entsprach. Daraus ergibt sich für ihn, daß diejenige Partei, die als erste diese Tendenzen frühzeitig erkannte und diese Tendenz zur Gemeinschaft für ihre Zwecke ausnutzte, indem sie – jeweils gruppenspezifisch gewendet – eine Überwindung des Klassen- und Parteienkampfes propagierte, den größten Erfolg haben mußte – und das war eben die NSDAP. In der Metapher von der Volksgemeinschaft fand dieses allgemeine Verlangen nach sozialem Aufstieg und sozialer Anerkennung seinen agitatorisch höchst wirkungsvollen Niederschlag.³²

Die hier von Falter angedeutete Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda spielt eine zentrale Rolle in den Arbeiten von Thomas Childers. Childers hat die Propaganda-Anweisungen und Richtlinien der NSDAP-Führung über einen längeren Zeitraum verfolgt. Die Schwerpunkte der Agitation wechselten von Wahlkampf zu Wahlkampf und zeigen recht deutlich, welche sozialen Gruppen die Propagandaleitung der Partei ins Visier genommen hat und mit welchen Parolen und Versprechungen sie die jeweilige Gruppe – Frauen, Jugendliche, alte Leute, Protestanten, Katholiken – zu erreichen suchte. Hamilton ist ähnlich vorgegangen, hat sich aber – und darauf richtet sich unter anderem Childers' Kritik – auf die Zeitungsberichterstattung konzentriert.³³

Childers ist aber wie Hamilton der Ansicht, daß der rabiate Antimarkxismus der NSDAP zu ihren Wahlerfolgen im Alten Mittelstand beigetragen hat. Ebenso wichtig erscheinen ihm aber die antikapitalistischen Elemente in der NS-Propaganda, also die Propaganda-Angriffe mit ihren antisemitischen Parolen gegen Großunternehmen, Banken, Kaufhäuser, die Börse und die Forderungen nach einer ständisch organisierten Wirtschaft zum Schutze der kleinen Geschäftsinhaber und des bäuerlichen Familienbetriebs – alles Schlagworte, die im Alten Mittelstand der selbständigen Handwerker, Einzelhändler und Bauern auf ein positives Echo stießen, vor allem dann, wenn sie nicht nur durch NS-Parteiredner verkündet wurden, sondern ihren Weg in das informelle Netz von gesellschaftlichen, berufsständi-

³² Jürgen W. Falter: Warum die deutschen Arbeiter während des „Dritten Reiches“ zu Hitler standen. Einige Anmerkungen zu Gunther Mais Beitrag über die Unterstützung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems durch Arbeiter. In: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), 217–231, 231.

³³ Childers: Who, indeed, did vote for Hitler? (Anm. 18), 47.

schen, vaterländischen Organisationen und Stammtischen fanden.³⁴ Den Erfolg der NSDAP bei Arbeiterwählern erklären diese Analysen der NS-Propaganda allerdings nicht.

Auch die neueren Wahluntersuchungen sind sich einig darin, daß die Wahlerfolge der NSDAP eine Folge der Wirtschaftskrise waren, daß die Nationalsozialisten die Furcht des Alten wie des Neuen Mittelstandes vor der Proletarisierung erfolgreich ausnutzten. Die objektive wirtschaftliche Lage steht aber meist in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer subjektiven Einschätzung, d. h., es lassen sich keine signifikanten statistischen Zusammenhänge zwischen Arbeitslosenzahl, Konkursen, Zwangsversteigerungen, Schuldenlast etc. und dem Wahlverhalten finden. Der Grad der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Radikalisierung ist von lokalen und regionalen Besonderheiten des politischen Milieus, also weitgehend von der „Tradition“, abhängig. Hier sind wir mithin auf Regionalstudien angewiesen, die nicht nur die Parlamentswahlen, sondern auch andere Indikatoren politischen Verhaltens in ihre Untersuchungen einbeziehen.

Verschiedene regionale und lokale Studien zeigen nun, daß die NSDAP bereits vor Einsetzen der Wirtschaftskrise bei den Wahlen 1928 in bestimmten Regionen große Erfolge erzielte.³⁵ Hier haben offenbar lokale Gründe das Wahlverhalten beeinflußt. In Schleswig-Holstein scheinen es die damals schon manifeste Krise in der Landwirtschaft und die Konzentration der NS-Propaganda auf diesen Punkt gewesen zu sein, die den Nationalsozialisten große Stimmengewinne einbrachten. In Oldenburg war es wohl eher ein antiparlamentarischer Affekt, der der NSDAP einen großen

³⁴ Ebd., 50 f.

³⁵ Vgl. Jerzy Holzer: *Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928–1930* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 1). Wiesbaden 1975; Heberle (Anm. 9); Rudolf Rietzler: *Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928)* (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 4). Neumünster 1982; Klaus Schaap: *Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 61). Düsseldorf 1978; Jutta Ciolek-Kümper: *Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933* (Kommunikation und Politik 8). München 1976; Hansjörg Zimmermann: *Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918–1933. Ein Kreis zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie* (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 72). Neumünster 1978.

Erfolg bescherte. Hier hatten es SPD, DDP und Zentrum, obwohl sie bis 1931 eine solide Mehrheit im Landtag hatten, gleichwohl seit 1923 nicht geschafft, eine Regierung zu bilden. Jedenfalls erzielte die NSDAP in Oldenburg 1928 ihr bestes Ergebnis in einem einzelnen Land des Reiches. Der Durchbruch erfolgte hier bereits vor dem Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929 und vor der Ausweitung der Wirtschaftskrise. Indem die demokratischen Politiker in Oldenburg das parlamentarische System ad absurdum führten, trugen sie zur Verstärkung antiparlamentarischer Ressentiments und zum Aufstieg des Nationalsozialismus bei.

Daß dieser Überdruß am parlamentarischen System sehr verbreitet war, zeigt auch die Wahl vom November 1932. Sie brachte der NSDAP zwar einen empfindlichen Rückschlag. Gewinner waren aber nicht die Parteien der Weimarer Koalition, sondern DNVP und KPD. Die Wahl bedeutete also keine Stärkung der Demokratie.

Sicher hätte die NSDAP in freien Wahlen nie die absolute Mehrheit erreicht. Das bedeutet aber nicht, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen die Kanzlerschaft Hitlers und für die Weimarer Republik war. Denn die DNVP und die DVP, unter bestimmten Bedingungen auch das Zentrum und die BVP, waren ja bereit, mit Hitler eine Koalition einzugehen. Für die Weimarer Republik, nämlich für die SPD und die DDP, die sich jetzt bezeichnenderweise Staatspartei nannte, stimmten am 6. November 1932 nicht einmal 22 Prozent der Wähler.

Schluß

Folgt man den Erkenntnissen der neuesten Wahlforschung, daß die Wählerschaft der NSDAP erheblich heterogener zusammengesetzt war, als die Mittelstands-These behauptete, daß vor allem bestimmte Arbeitergruppen ihre Stimme für die NSDAP abgegeben haben, dann läßt das Rückschlüsse auf die Massenbasis des Nationalsozialismus nicht nur als Bewegung, sondern auch als System zu. Diese Befunde sind geeignet, die These von Gunther Mai, die Arbeiterschaft habe Hitler auch nach 1933 an der Macht gehalten, zu unterstützen.³⁶ Die

³⁶ Gunther Mai: „Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?“ Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches. In: Geschichte und Gesellschaft 12 (1986), 212–234; vgl. dazu Falter: Deutsche Arbeiter (Anm. 32).

von Mai betonten Erfolge des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bei der Integration der Arbeiter waren demnach bereits vor 1933 angelegt. Die DAF brauchte nach Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der Kapitulation des politischen Katholizismus nur noch an das vorhandene Integrationsbedürfnis anzuknüpfen.